



MAGAZIN



Meinung

Solidarität muss allen Menschen gelten

Friedenspolitik

Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie machen

Im Gespräch

Die libanesische Aktivistin Wadad Halawani

Thema

Aus dem Scheitern in Afghanistan lernen

Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache

5 Meinung

Fühlt ihr nicht die Bitterkeit?

Ein Beitrag der syrischen Journalistin Wadiaa Ferzly



6 Thema

Aus dem Scheitern in Afghanistan lernen

Erwartungen an die Aufarbeitung durch den Deutschen Bundestag



10 Im Gespräch

„Wer sagt, Frauen sollten nur herumsitzen und weinen?“

Ein Gespräch mit der libanesischen Aktivistin Wadad Halawani



14 Im Fokus

16 Reportage

Gesichter eines Genozids

In Kambodscha lernen Jugendliche aus der Vergangenheit



20 Friedenspolitik

22 Was uns Hoffnung macht

24 Rätsel & Rezept

26 Geschäftsbericht 2021

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zwölf weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Petra Gramer, Emilia Ewald,
Hannah Sanders
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück
Fotos ohne Angaben: © forumZFD
Gedruckt auf Recycling-Papier



Zum Titel

Ziemlich genau acht Jahre alt ist unser Titelbild. Es entstand am 21. September 2014 in Masar-i-Scharif/Afghanistan. Anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Weltfriedentages fand in der Stadt, in der zwischen 2006 und 2021 deutsche Truppen stationiert waren, eine bunte Fahrrad-Demo statt.

Mittlerweile erreichen uns ganz andere Bilder aus Afghanistan. Fast 20 Jahre internationaler militärischer Einsatz haben nicht verhindern können, dass die Taliban erneut die Macht im Land übernehmen konnten, einheimische Helfer*innen der verschiedenen internationalen Akteure nun Todesängste haben müssen und unverhüllte Frauengesichter in der Öffentlichkeit nicht mehr sichtbar sein dürfen. Der „Krieg gegen den Terror“ hat den Menschen in Afghanistan keinen Frieden gebracht.

In Deutschland sollen Politik und Wissenschaft nun den Afghanistan-Einsatz aufarbeiten. Welche Erwartungen aus friedenspolitischer Sicht daran geknüpft sind, lesen Sie im Beitrag unserer Gastautorin Martina Fischer, Referentin bei Brot für die Welt, auf den Seiten 6 bis 9.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Kriege und gewaltsame Konflikte prägen eine Gesellschaft für Jahrzehnte – auch dann noch, wenn die Waffen längst schweigen. So zum Beispiel im Libanon, wo Tausende Angehörige bis heute auf Informationen warten über das Schicksal ihrer Liebsten, die während des Bürgerkriegs spurlos verschwanden. Oder in Kambodscha, wo die Gewaltherrschaft der Roten Khmer bis heute nachwirkt. Und aktuell beobachten wir mit größter Sorge, wie der anhaltende Krieg in der Ukraine tiefe Wunden schlägt, sowohl körperliche als auch seelische.

Angesichts dieser Schrecken ist es leicht, sich ohnmächtig zu fühlen. Doch das sind wir nicht! Sogar in Zeiten des Kriegs geht die Friedensarbeit weiter. In diesem Magazin finden Sie einige kurze Beispiele, wie wir dank zahlreicher Spenden in der Ukraine helfen können.

Mut macht uns auch, wenn sich Menschen dafür einsetzen, dass sich die Vergangenheit nicht wiederholt. Im Libanon geht Wadad Halawani seit 40 Jahren für Gerechtigkeit und Aufklärung auf die Straße. Wir haben die Aktivistin zum Interview getroffen. In Kambodscha wiederum haben wir zwei Schulklassen begleitet, die ein ehemaliges Gefängnis der Roten Khmer besuchten. Solche Projekte der Friedensbildung sind ein wichtiger Baustein, um Bewusstsein für die verheerenden Folgen von Krieg und Gewalt zu schaffen.

Auch, weil wir uns dieser Folgen nur allzu bewusst sind, fordern wir: Die Nationale Sicherheitsstrategie, die das Bundesaußenministerium derzeit erarbeitet, muss eine Friedensstrategie werden! Wie Sie sich unserem Aufruf anschließen können, erfahren Sie auf Seite 20.

Eine mutmachende Lektüre wünscht Ihnen

Hannah Sanders
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

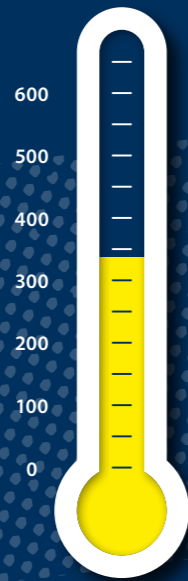


Mehr als 200.000 Euro für Friedensarbeit in der Ukraine



forumZFD Spendenbarometer

Zielsetzung 2022: **674.000 €**
Stand 30.06.2022: **337.000 €**



Danke! Mehr als 200.000 Euro haben wir seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine für unsere Friedensarbeit in dem Land sammeln können. Die Spenden helfen, größte Not zu lindern. Vor allem aber können unsere Kolleg*innen und Partnerorganisationen vor Ort schon jetzt, inmitten des bewaffneten Kampfes, damit beginnen, die gesellschaftlichen Wunden heilen zu helfen und gemeinsam mit den Menschen in der Ukraine Szenarien für eine friedliche Zukunft zu entwerfen. Solche Perspektiven zu haben, macht stark! Bitte blättern Sie dazu auch einmal zu unserer Rubrik „Was Hoffnung macht“ auf den Seiten 22 und 23. ■

humanitarian aid © JT Babusi

Ausgezeichnet



Wir werden ausgezeichnet! Der Versöhnungspreis der Klaus-Jensen-Stiftung geht in diesem Jahr an das forumZFD. Der frühere Trierer Oberbürgermeister und Friedensarbeiter Klaus Jensen und seine Frau, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, würdigen mit dem von ihnen gestifteten Preis das umfassende Engagement des forumZFD für den Frieden. „Der Versöhnungspreis der Klaus-Jensen-Stiftung ist eine Ermutigung und Anerkennung für die Friedensarbeit des forumZFD und unserer Partner*innen weltweit“, freut sich Oliver Knabe, Vorstandsvorsitzender des forumZFD. „Ich sehe die Preisvergabe zugleich als einen Appell an Bundestag und Bundesregierung, angesichts wachsender Konflikte die zivilen Friedensfähigkeiten Deutschlands nachhaltig zu stärken.“ Der Versöhnungspreis wird am 2. September in Trier verliehen. ■

© Hansruedi Etter, Pixabay

Fühlt ihr nicht die Bitterkeit?

Solidarität muss allen Menschen gelten, die vor Krieg fliehen, unabhängig von ihrer Herkunft, schreibt die syrische Journalistin Wadiaa Ferzly.

Im Februar 2022, als die russische Invasion in der Ukraine begann, verfolgten syrische Menschen voller Sorge die Nachrichten, denn sie erwarteten das Schlimmste. Ihre Sorge beruhte auf früheren Erfahrungen mit dem russischen Militär, schließlich ist Putin seit 2011 einer der stärksten Verbündeten des Assad-Regimes. Die Syrer*innen haben bereits russische Luft- und Bodenangriffe erlebt. Sie wissen, was es bedeutet, das eigene Zuhause zu verlassen, um nicht unter Trümmern zu sterben. Sie haben Belagerungen erlebt und Hunger, Hinrichtungen und Massengräber.

Das ist das gemeinsame Wissen, das Menschen aus Syrien und der Ukraine leider teilen. Es erfüllt uns mit Schrecken und bildet gleichzeitig die Basis für ein tief empfundenes Mitgefühl und Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung. Aber diese Solidarität wird auch begleitet von einer unbestreitbaren Verbitterung, die viele Syrer*innen empfinden – auch in Deutschland, wo ich lebe.

Unsere Verbitterung speist sich aus dem Eindruck, dass Europa die andauernden Verbrechen Putins in Syrien ignoriert. Erst vor wenigen Monaten wurde Putin öffentlich verurteilt – und zwar in dem Moment, als seine Verbrechen näher an Europa heranrückten. Das russische Militär agiert nach wie vor in Syrien, aber es gibt keine ernsthaften internationalen Bestrebungen, Putin dort die Stirn zu bieten. Es ist eine

moralische Bankrotterklärung, einen Kriminellen nur aufgrund des Ortes seiner Verbrechen und der Identität seiner Opfer zu verurteilen.

Ein weiterer Grund für unsere Verbitterung ist, dass wir zurzeit eine Ungleichbehandlung von Geflüchteten beobachten. Einige der Hilfsleistungen, die die deutsche Regierung Ukrainer*innen ohne zu zögern zur Verfügung stellte, forderten Syrer*innen 2015 vergeblich ein. Und People of Color aus der Ukraine, die vor dem Krieg flohen, wurden an den Grenzen teilweise abgewiesen. Diese Diskriminierung und eine Flüchtlingspolitik, die mit zweierlei Maß misst, sind eine Schande für die gesamte Gesellschaft. Denn daran zeigt sich systematischer Rassismus und eine koloniale Denkweise. Die Gefahr ist groß, dass eine solche Ungleichbehandlung zu Konkurrenz zwischen Ukrainer*innen und Syrer*innen führt. Dabei stehen sie doch auf derselben Seite, kämpfen gegen denselben Henker.

Zurzeit gibt es in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit kaum noch Aufmerksamkeit für den anhaltenden Krieg in Syrien. Als ob es nicht möglich wäre, gleichzeitig Empathie und Solidarität für die Ukrainer*innen und die Syrer*innen zu empfinden! Es ist unbestritten, dass die humanitäre Katastrophe in der Ukraine eine sofortige Reaktion erfordert. Aber das darf nicht bedeuten, dass humanitäre Hilfe entlang der politischen Agenda europäischer Staaten priorisiert wird, denn diese spiegelt nicht die Bedürfnisse der unmittelbar Betroffenen wider. Menschenrechte und Freiheit sind unteilbar. ■

Wadiaa Ferzly
ist Journalistin und
lebt in Berlin.



© Dani Hasrouni

Aus dem Scheitern in Afghanistan lernen

Erwartungen an die Aufarbeitung durch den Deutschen Bundestag

Von Martina Fischer

Protest vor dem Bundestag: Bereits im Jahr 2011 forderten diese Aktivist*innen den Abzug aus Afghanistan.



Mit dem internationalen Abzug im August 2021 wurde das Scheitern des Einsatzes in Afghanistan offensichtlich. Die Bilder verzweifelter Menschen auf dem Kabuler Flughafen stehen für eine furchtbare Tragödie und einen massiven Verlust an Glaubwürdigkeit im Kontext des „Kriegs gegen den Terror“. Das deutsche Engagement am Hindukusch soll nun von Parlament und Wissenschaft aufgearbeitet werden.

Am 7. Juli hat der Bundestag mehrheitlich einen Antrag für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr angenommen, der von den Regierungsfractionen gemeinsam mit der CDU/CSU vorbereitet wurde. Am 8. Juli entschied der Bundestag zudem, eine Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ einzusetzen, die den mehr als zwanzig Jahre währenden

Einsatz am Hindukusch in umfassender Weise auswerten soll.

Der Untersuchungsausschuss wird von dem SPD-Abgeordneten Ralf Stegner geleitet und enthält insgesamt 38 Punkte. Die zielen unter anderem auf die Beurteilung der Sicherheitslage in Afghanistan durch Bundesministerien, Bundesbehörden und Nachrichtendienste, auf deren Informationsaustausch sowie auf die Zuständigkeiten bei der Evakuierung

des deutschen Personals, der Ortskräfte und anderer betroffener Personenkreise. Auch die Kooperation mit ausländischen Akteuren und Nachrichtendiensten auf europäischer, transatlantischer und internationaler Ebene und die Vorbereitung auf die Entscheidungen von Verbündeten (USA und Frankreich) sowie die Einflussnahme der Bundesregierung auf die Verhandlungen mit den Taliban (Doha-Abkommen) sollen beleuchtet werden. Der Ausschuss soll zudem Empfehlungen geben, „ob und inwiefern aus dem vorliegenden Untersuchungsthema Schlussfolgerungen“ für zukünftige Missionen gezogen werden sollen.

Während sich der Untersuchungsausschuss also vorrangig mit dem Abzug und der Evakuierung beschäftigt, soll die Enquete-Kommission das gesamte deutsche außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Engagement in Afghanistan zwischen 2001 und 2021 aufarbeiten. Nach dem Willen der Regierung- und der Unionsfraktion soll sie die Einsätze der Bundeswehr und die damit verbundenen Herausforderungen umfassend analysieren und aus dem zwei Jahrzehnte währenden Einsatz Erkenntnisse für das zukünftige internationale Engagement Deutschlands und den sogenannten „Vernetzten Ansatz“ ableiten. Der Enquete-Kommission sollen zwölf Bundestagsmitglieder und zwölf Sachverständige angehören. Ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen soll sie im Herbst 2024 vorlegen.

Viele Fragen stehen im Raum

Im Hinblick auf den Abzug der deutschen militärischen und zivilen Kräfte stehen viele Fragen im Raum: Warum wurde die Ausreise

Im Laufe der Jahre stimmte der Bundestag mehrfach über den Einsatz in Afghanistan ab, so auch 2015.

von Ortskräften und gefährdeten Vertragspartner*innen nicht parallel zum Abzug der Bundeswehr organisiert? Wieso hat die Regierung bis Mitte August 2021 nur für einen Bruchteil der Schutzbedürftigen Visa erteilt? Wie kam sie dazu, die Zahl des gefährdeten Personals herunterzurechnen und auf ein Minimum zu beschränken (Ortskräfte der Bundeswehr seit 2013, Vertragspartner des Auswärtigen Amts und der Entwicklungszusammenarbeit nur aus den letzten zwei Jahren, und von NGO-Partnern war zunächst gar nicht die Rede)?

Dieses Vorgehen war kleinlich, selektiv und zynisch. Schließlich sind alle, die in den letzten zwanzig Jahren mit ausländischen Organisationen kooperierten, bedroht. Den Afghan*innen wurde Sicherheit versprochen, aber viele wurden im Stich gelassen. Nach Recherchen der Linksfraktion im Bundestag wurden bis Mitte Dezember 2021 nur 28,7 Prozent der gefährdeten Ortskräfte und ihrer Familienangehörigen nach Deutschland in Sicherheit gebracht (7.030 von 24.556). Nach einem Bericht von Human Rights Watch sind seither mehr als 100 ehemalige Sicherheitskräfte hingerichtet worden oder nach Festnahmen „verschwunden“. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion wurde publik, dass bis Mitte Februar 2022 von den rund 30.000 Personen

mit Aufnahmezusagen nur knapp die Hälfte (14.000) nach Deutschland einreisen konnten; einige kamen ums Leben, noch bevor sie hätten ausreisen können. Die Versäumnisse der deutschen Behörden haben also für zahlreiche afghanische Familien verheerende Auswirkungen.

Erwartungen an die Aufarbeitung

Die spannende Frage ist: Wird die Arbeit der beiden Gremien Lernprozesse unterstützen und Politik tatsächlich verändern oder den Einsatz nur nachträglich legitimieren? Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss sollte die Rolle der beteiligten Ministerien und das Versagen beim Schutz von Partnern und Ortskräften schonungslos durchleuchten und aufklären. Er müsste den weiter oben formulierten Fragen konsequent nachgehen und auch Vorschläge dazu machen, was mit den Menschen geschehen soll, die bis heute auf die Einlösung des Schutzversprechens warten.

Die Enquete-Kommission wiederum sollte das Handeln deutscher militärischer und ziviler Kräfte in Afghanistan im Bündniskontext analysieren und nach den Wirkungen fragen. Sie muss sich zum Beispiel auch mit den Zielsetzungen der deutschen Regierung und der Verbündeten und damit verbundenen Zielkonflikten beschäftigen. ▶



Die Kommission sollte nicht nur klären: „Was muss beim nächsten Mal besser laufen?“, sondern sich auch ernsthaft fragen: Sollte es überhaupt ein nächstes Mal geben? Ist es zielführend, in entfernten Weltregionen Kriegseinsätze zu unterstützen und parallel dazu in Wiederaufbau, Entwicklung und Demokratisierung zu investieren? Und man sollte sich fragen: Welche Alternativen gibt es zum militärischen Umgang mit gewaltsamen Extremist*innen? Um grundlegende Fragen zu erörtern und überzeugend zu beantworten, müsste die Kommission neben unabhängigen Wissenschaftler*innen auch Regionalexpert*innen aus NGOs sowie frühere afghanische „Ortskräfte“ und Partner*innen aus der Friedens- und Menschenrechtsarbeit einbeziehen und anhören. Nur so kann eine Kommission zur Lernplattform für Parlament und Zivilgesellschaft werden und einen Mehrwert schaffen.

Impulse aus der Wissenschaft und Zivilgesellschaft

Fachleute aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft lieferten schon bei anderen Gelegenheiten wichtige Anhaltspunkte für die Aufarbeitung,

Die Taliban haben die Rechte von Frauen seit ihrer Machtübernahme immer weiter eingeschränkt.



Einen Tag nach dem Abzug der US-Truppen spazieren Taliban über das Rollfeld in Kabul. Zuvor war es rund um den Flughafen zu dramatischen Szenen gekommen, als Menschen versuchten, das Land zu verlassen.

etwa beim Berlin Peace Dialogue, der am 7. Oktober 2021 vom Beirat Zivile Krisenprävention ausgerichtet wurde. Das Vorgehen der westlichen Verbündeten wurde als inkonsistent beschrieben: Die Entscheidung, frühere Warlords an der Regierung zu beteiligen, habe Bemühungen, das Land politisch zu einen, untergraben. Durch Korruption und Betrug sei das Vertrauen in politische Strukturen zerstört worden. Die ausländische Militärpräsenz sei mehr und mehr als Besatzung empfunden worden. „Krieg und Entwicklung passen nicht zusammen“, lautete die Schlussfolgerung eines politischen Entscheidungsträgers, und dass man das viel früher hätte einsehen müssen.

Weiterhin wurde bei der Veranstaltung kritisiert, dass ein Mehrfaches an Mitteln in den Militäreinsatz investiert wurde, verglichen mit den Ausgaben für zivilen Aufbau und Entwicklung. Gleichzeitig seien die Strategien von unrealistischen und überzogenen Erwartungen geprägt gewesen. Der Versuch, westliche Werte und Politikvorstellungen zu verankern, sei gescheitert, ebenso wie das Bestreben, in einem dezentral organisierten Land zentralistische Verwaltungskonzepte zu etablieren. Die Unvereinbarkeit der Ziele wurde nachdrücklich betont, und dass die Beteiligten die militärische Niederlage nicht wahrhaben wollten: Sie hätten sich in „Echokammern“ bewegt, ohne dazulernen, und Fakten und Analysen, die eine differenziertere Lagebeurteilung ermöglicht hätten, über Jahre hin ignoriert.

Letztlich war das westliche Engagement in Afghanistan von sehr vielen unterschiedlichen Interessen und Konzepten geleitet: Es startete 2001 nach Ausrufung des Bündnisfalls durch die USA als Kriegseinsatz und wurde später auf Initiative Deutschlands (Konferenz auf dem Bonner Petersberg) um Wiederaufbau und Entwicklung, Schaffung demokratischer Institutionen und Unterstützung der Zivilgesellschaft ergänzt. Während es den USA hauptsächlich um den militärischen Sieg über al-Qaida, Osama Bin Laden und

© Springer, picture alliance / REUTERS

© UN Photo/Fardin Waezi

die Verdrängung der Taliban im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ (OEF) ging, setzten deutsche Verantwortliche vor allem auf zivil-militärische Zusammenarbeit und Sicherheitssektorreform, Wiederaufbau und Entwicklung, was durch die UN-mandatierte Mission ISAF abgesichert werden sollte. Da extremistische Netzwerke jedoch an Terrain gewannen, betrieben am Ende OEF und ISAF gemeinsam militärische Aufstandsbekämpfung unter demselben (US-amerikanischen) Oberkommando. So änderte sich die Wahrnehmung der ISAF und die Militärpräsenz verlor insgesamt an Akzeptanz.

Dieses Vorgehen und auch der Versuch, im Rahmen eines Kriegseinsatzes in einer kulturell völlig anders geprägten Weltregion westliche Werte und Politikvorstellungen zu verankern, muss angesichts der oben genannten Befunde grundsätzlich hinterfragt werden. Auch NGOs aus der Entwicklungs- und Friedensarbeit und aus der humanitären Hilfe sollten sich an der Aufarbeitung der internationalen Aktivitäten in Afghanistan beteiligen. Nicht nur die Bundeswehr hat dort Partner in Gefahr und Ungewissheit zurückgelassen, sondern auch entwicklungspolitische Agenturen und NGOs. Der Verlust an Glaubwürdigkeit betrifft alle gleichermaßen. Auch NGOs müssen sich fragen, wie man Partner besser schützen kann und wie weit sie sich in widersprüchliche Projekte des „Nationbuilding“ einbinden lassen, in denen sie keinen Einfluss auf die Entscheidungen internationaler Akteure haben.

Evaluierung von Auslandseinsätzen ist zwingend

Unabhängig von den Ergebnissen der nun beschlossenen Gremien sollte der Deutsche Bundestag schon jetzt Vorkehrungen dafür treffen, dass sich Fehlschläge vergleichbaren Ausmaßes nicht wiederholen. Er sollte umgehend beschließen, dass zivile



Der Untersuchungsausschuss, hier bei seiner konstituierenden Sitzung im Juli 2022, soll die Umstände des Abzuges aufklären.

und militärische Auslandseinsätze einem engmaschigen und fortlaufenden Monitoring unterzogen werden. Seit 2006 haben sich einige Bundestagsabgeordnete vergeblich für eine ressortübergreifende Strategieüberprüfung in Afghanistan eingesetzt. Im November 2020 beschlossen das Auswärtige Amt, das Entwicklungs- und das Innenministerium zwar eine „ressortgemeinsame Evaluierung“ des zivilen deutschen Engagements rückwirkend ab 2013. Das Verteidigungsministerium bestand jedoch darauf, das militärische Engagement anhand von Auswertungen der Einsatzkontingente separat zu bewerten.

Ex-post-Evaluierungen bergen jedoch diverse Risiken: Sie können dazu verwandt werden, den Militäreinsatz gegen ein kritisches Resümee zu immunisieren, erst recht, wenn sie durch politische Vorgaben eingengt werden. Eine ehrliche Evaluierung müsse ergebnisoffen angelegt werden, meinen die Friedensforscher Matthias Dembinski und Thorsten Gromes. Sie müsse untersuchen, ob die Akteure scheiterten, weil sie unrealistische Ziele verfolgten oder weil diese Ziele mit den Interessen und der Handlungslogik, der die afghanischen Partner unterlagen, nicht übereinzubringen waren.

Was für Afghanistan versäumt wurde, sollte umgehend für weitere

Einsätze, etwa in der Sahel-Region, auf den Weg gebracht werden. Auch dort stellt sich die Frage, ob und wie man sich angesichts zunehmender Gewaltdynamik weiter engagieren kann. Expert*innen aus dem Sahel kritisieren verfehlte Strategien und fordern von Deutschland und der EU, sich stärker für den Schutz der lokalen Bevölkerung einzusetzen. Auch da gilt es, Strategien neu auszurichten. Eine begleitende Auswertung aller Auslandseinsätze würde kohärente Politik begünstigen. So könnte man vielleicht eine glaubwürdige Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gestalten, die sich am „do no harm“-Grundsatz orientiert und Schaden vermeidet. Diesem Ziel hat sich Deutschland 2017 mit den Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ und der damit verknüpften ressortgemeinsamen Strategie zur Sicherheitssektorreform explizit verpflichtet.

Dr. Martina Fischer ist Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung bei Brot für die Welt.

Der Beitrag erschien am 8. Juli 2022 unter: <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/dr-martina-fischer>



Wadad Halawani mit ihrem Ehemann Adnan, der 1982 entführt wurde.

„Wer sagt, Frauen sollten nur herumsitzen und weinen?“

Ein Gespräch mit der libanesischen Aktivistin Wadad Halawani

Wadad Halawani ist die Präsidentin des „Komitees der Familien der Entführten und Vermissten im Libanon“. Sie gründete die Organisation, nachdem ihr Ehemann Adnan Musbah Halawani im September 1982 aus ihrem Haus in Beirut entführt wurde. Mitten im Bürgerkrieg begann ihr eigener Kampf. Sie schaffte es, zahlreiche Familien von Vermissten zu vereinen, über gesellschaftliche und religiöse Grenzen hinweg. Als alleinerziehende Mutter kümmerte sie sich um ihre zwei Kinder und stand gleichzeitig an der Spitze einer Bewegung von Ehefrauen, Müttern, Schwestern und Töchtern. Sie alle vereint bis heute die Forderung nach Aufklärung über das Schicksal ihrer Liebsten.



© privat

© Committee of the Families of the Kidnapped and Disappeared in Lebanon

Frau Halawani, Ihr Aktivismus begann mit einem Aufruf im Radio im Jahr 1982. Was hat Sie damals dazu veranlasst?

Seit dem Tag, an dem mein Ehemann entführt wurde, war ich auf der Straße unterwegs. Ich klopfte an alle Türen und stellte Fragen. Ich bekam immer dieselbe Antwort: „Es gibt noch mehr Menschen wie dich.“ Aber ich kannte niemand anderes. Ich dachte, meine Kinder und ich wären eine Ausnahme. Also beschloss ich, einen Aufruf im Radio zu veröffentlichen. Eigentlich wollte ich nur ein paar große, erwachsen wirkende Frauen finden, die mich begleiten, sodass ich ernst genommen würde – ich war ja so jung und klein. Ich habe die Uhrzeit und den Treffpunkt genannt und alle Angehörigen von Vermissten und Entführten eingeladen. Ich war überrascht, wie viele Frauen und Mädchen gekommen sind. Es war eine traurige Überraschung. Ich habe mich umgesehen und konnte die Ungerechtigkeit ihrer Situation kaum fassen. Mein Gedanke war: Wir müssen unbedingt etwas tun.

Wer war Wadad Halawani vor 1982?

Ich war Lehrerin an einer öffentlichen Schule. Die Wadad kurz nach der Entführung war verzweifelt verliebt in ihren Ehemann Adnan, den Vater ihrer zwei Kinder. Sie war nicht stark. Diese Wadad war ein verwöhntes Mädchen, denn sie war die jüngste ihrer Geschwister und musste kaum im Haushalt helfen. Natürlich schwelgte sie in Erinnerungen an ihren Ehemann und wollte nicht aufhören, ihn zu vermissen. In ihrem Kopf stritt sie sogar mit ihm und warf ihm seine Abwesenheit vor. Die Wadad von 1982 gibt es heute nicht mehr. Sie wurde zu einer völlig neuen Person.

Seit dieser Zeit fordern Sie Gerechtigkeit – nicht nur für Ihren Ehemann, sondern für viele Familien von Vermissten. Was hat Ihnen die Kraft gegeben, an die Spitze dieser Bewegung zu treten?

Meine große Liebe für Adnan und für meine Kinder hat mir Kraft gegeben. Wer würde sich um sie kümmern, sollte ich scheitern? Sie waren drei und sechs Jahre alt. Und natürlich haben mir auch die anderen Frauen Kraft gegeben. Am Tag unseres ersten Treffens im Jahr 1982 haben alle die ganze Zeit geweint, aber sie waren sehr stark. Ich schlug vor, zum Regierungspalast zu ziehen. Sie haben geweint und sich auf dem Weg gegenseitig ihre Geschichten erzählt. Zu dieser Zeit waren Versammlungen verboten. Als die Sicherheitskräfte begannen, uns zu schlagen und zurückzudrängen, verstand ich den Grund für die Stärke der Frauen: Sie hatten eine geliebte Person verloren und nun gab es nichts mehr, das ihnen Angst machte, keine Soldat*innen, keine Schusswaffen, nichts. Ein Beamter kam zu uns und fragte, wer hier das Sagen habe. Und dann sagte er, vier von uns sollten mit ihm



Wadad Halawani und ihre Mitstreiterinnen wandten sich immer wieder an die Politik: Hier sprechen die Frauen im Jahr 1984 mit Premierminister Raschid Karami.

mitkommen zum Premierminister. Die Frauen wollten unbedingt mitkommen und vier von uns quetschten sich in den Jeep in der Hoffnung, dass sie von dem Treffen mit ihren Liebsten nach Hause kommen würden. Der Premierminister versprach, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um uns zu helfen. Wir haben dann untereinander Namen ausgetauscht und vereinbart, eine solche Versammlung zu wiederholen. Und so entstand das Komitee, am 24. November 1982, genau zwei Monate nach der Entführung meines Ehemanns.

Ihre Bewegung wird von Frauen angeführt: Ehefrauen, Mütter, Töchter und Schwestern von denjenigen, die im Krieg entführt wurden oder verschwunden sind. Welchen Hindernissen sind Sie als Frau und Aktivistin begegnet?

Wer sagt, Frauen sollten nur herumsitzen und weinen? Ich nicht! Die Leute sagen: „Die arme Frau, und dann hat sie auch noch Kinder!“ Ich weigere mich, so gesehen zu werden. Mitleid zu zeigen und zu sagen, wie stark wir doch seien, kann nicht die Antwort sein. Marschiert mit uns! Teilt unsere Last! Das ist eine gesellschaftliche Verantwortung. 17.000 Menschen sind verschwunden oder wurden entführt. Sie sind die Verantwortung der libanesischen Regierung und der libanesischen Gesellschaft. Als unser Ruf immer lauter wurde, haben die Mächtigen uns gesagt, wir sollten zu Hause bleiben, weil wir Frauen sind. Die Leute haben uns gesagt, wir würden etwas Verbotenes tun und sollten uns schämen, auf der Straße unsere Stimme zu erheben. Aber es war scheinbar keine Schande, Frauen zu töten oder sie mit einem Gewehrkolben zu schlagen. Wir haben alle Formen physischer und emotionaler Gewalt erlebt: sexuelle Belästigung, psychische Gewalt, Erpressungen und Morddrohungen. ▶

Sie haben es geschafft, die Familien der Verschwundenen über persönliche, religiöse und kulturelle Unterschiede hinweg zu vereinen, unabhängig von der Zugehörigkeit zu den gesellschaftlichen Gruppen, die für die Entführungen verantwortlich waren. Wie haben sie diese Konfliktlinien überwunden?

Die Entführungen haben keinen Unterschied zwischen gesellschaftlichen Gruppen gemacht. Alle waren betroffen. Ich bin muslimisch auf meinem Ausweispapier, aber die Menschlichkeit kommt an vorderster Stelle. Deshalb wollte ich während der ersten Proteste auch unter keiner Parteiflagge sitzen. Während des Krieges haben wir uns über die Konfliktgrenzen hinweg getroffen. Ich bin stolz darauf, zu sagen, dass das Komitee in unserem Land wirklich einzigartig ist. Bei uns sind Menschen aus jeder Gegend und mit jeder Religions- und Konfessionszugehörigkeit aktiv. Wir kämpfen für dasselbe Anliegen, aber unsere politischen Ansichten sind tabu. Wir konzentrieren uns auf die Sache. Dadurch, dass wir die Distanz zu allen Parteien, Religionen und politischen Bewegungen gewahrt haben, ist unser Anliegen unbedeckt geblieben.

Warum ist das Recht auf Wissen so wichtig?

Wir wollen zurück ins Leben. Der Frieden kam, aber für uns, die Angehörigen der Verschwundenen, wurde der Krieg bloß eingefroren. Eine Bombe hatte das Zentrum unseres Lebens getroffen, unser Zuhause. Für uns war der Krieg nicht beendet, er war lediglich von internationalen und regionalen Entscheidungen unterbrochen worden. Für uns gab es keine Wahl. Ich hatte nicht die Freiheit, meinen Lebensweg selbst zu wählen. Wir wollen einfach nur die Wahrheit wissen. Wir wollen wissen, ob unsere Liebsten tot sind oder noch am Leben. Erst dann wissen wir, ob wir trauern müssen oder glücklich sein können. Aber wir warten. Ich warte seit 1982 und es gibt Menschen, die schon seit 1975 warten. Viele Angehörige sind bereits verstorben.

Wie kann Versöhnung oder sogar Vergebung jemals möglich sein angesichts der Verbrechen, die während des Bürgerkriegs begangen wurden?

Manche sagen, dass sie die Verantwortlichen vor Gericht stellen wollen, weil sie wissen, was sie getan haben. Als Angehörige der Vermissten fordern wir nicht, jemanden für die Vergangenheit zur Rechenschaft zu ziehen.



Das Komitee vereint Frauen aller gesellschaftlichen Gruppen. Gemeinsam fordern sie Aufklärung.

Wir wollen nur wissen. Ich würde einige Personen dafür strafrechtlich belangen, was sie in der Gegenwart anrichten: zum Beispiel, wenn sie falsche Daten herausgeben oder Informationen zurückhalten oder wenn es Korruption im Zusammenhang mit den Funden von Massengräbern gibt. Dann sollten sie zur Verantwortung gezogen werden. Ich interessiere mich nicht für ihre Taten in der Vergangenheit. Aber wenn sie die Ermittlungen sabotieren, dann verleugnen sie damit die Ungerechtigkeit, die uns widerfahren ist. Wir formulieren unsere Forderungen stets respektvoll. Wir errichten für niemanden einen Galgen. 2018 hat das Komitee die Verabschiedung des „Gesetzes 105“ erreicht. Das erlaubt Ermittlungen und Untersuchungen zu den Geschehnissen, aber es hat keine strafrechtliche Funktion.

Das Komitee hat es geschafft, individuelle Fälle zu einer nationalen Bewegung zu machen, die bis heute aktiv ist. Wie haben die Behörden auf Ihre Anfragen reagiert?

Sie haben versucht, sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie die Erzählung umgedreht haben. Sie haben behauptet, unsere Forderungen nach Aufklärung würden einen neuen Krieg anfachen. Wir haben die gegenteilige Position verteidigt: Diese Fragen nicht zu klären, würde einen neuen Krieg bedeuten. In den letzten 40 Jahren gab es mehrere Präsidenten, Regierungen und Parlamente. Die Familien der Vermissten warten noch immer und ich weiß nicht, ob ich jemals eine Antwort bekomme. Sollen wir weitermachen wie bisher? Sollen wir die Hoffnung aufgeben? Es gibt so viele Fragen. Ich bin mir nur in einem Punkt völlig sicher: Wir müssen weiter für unsere Sache kämpfen. Ich wünsche, wir hätten einen echten Staat, der seine Bürger*innen respektiert. Dann würde

alle Fotos auf dieser Doppelseite: © Committee of the Families of the Kidnapped and Disappeared in Lebanon

dieser Fall zu einem Abschluss kommen. Aber wir leben nicht in einem echten Staat.

Bereits 2014 entschied der Schura-Rat, die höchste richterliche Instanz im Libanon, dass die Familien der Verschwundenen die Akten der offiziellen Untersuchungskommission einsehen dürfen. Wurde diese Entscheidung umgesetzt?

Die Untersuchungsberichte wurden den Familien übergeben, aber darin fanden wir keine neuen Informationen. Die Berichte enthielten lediglich die offiziellen Zeugenaussagen der Familien, in denen sie erklärt hatten, wie ihre Verwandten verschwunden waren. Die Regierung behauptete, die Untersuchung hätte ergeben, dass alle Vermissten tot seien. Aber als Beweis lieferte sie einzig die Zeugenaussagen der Familien. 2018 verabschiedete das libanesisches Parlament jedoch das „Gesetz 105“ – nach 36 Jahren harter Arbeit von uns. Damit wurde schließlich eine unabhängige nationale Kommission eingerichtet, die das Schicksal der Verschwundenen aufklären soll. Das stellt ein Minimum an Gerechtigkeit her, aber noch gibt es kein Budget für die Kommission. Sie arbeitet nun also ohne Geld und ausreichendes Personal, da vier Mitglieder zurückgetreten sind. Was wir brauchen, sind finanzielle Mittel, sichere Räume zur Anhörung von Zeug*innen und Ersatz für die zurückgetretenen Mitglieder.

Das Abkommen von Taif beendete 1989 den Krieg im Libanon, aber der politische Stillstand zeigt die Zerrissenheit des Landes, die auch 33 Jahre später noch andauert. Was muss passieren, um gesellschaftliche Gräben zu überwinden?

Der Krieg hat geendet und wir begannen mit dem Wiederaufbau. Ich sage immer, die Bulldozer kamen und zerstörten die Knochen unseres Volkes. Die politischen Anführer*innen kamen von dem Friedensabkommen mit Scheren und einem großen Radiergummi zurück. Sie teilten das Land entlang der Konfessionen und Religionszugehörigkeiten und löschten die Vergangenheit aus, als wäre nichts passiert. Unsere Jugend trägt nun die Verantwortung dafür, dass sich die Vergangenheit nicht wiederholt und wir nicht in einen neuen Krieg hineingezogen werden. Als Familien der Vermissten hatten wir uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Unser Ruf nach Aufklärung über das Schicksal unserer Liebsten wurde zu einem nationalen Anliegen – eines, das dabei geholfen hat, wieder eine echte Heimat aufzubauen, in der alle Menschen willkommen sind. Wenn also die Regierung nach den Vermissten sucht, dann kann sie niemanden diskriminieren, denn bei der Suche sollte es nur um Menschen gehen. Gleichheit ist das Fundament einer echten Demokratie.

Das Gespräch führten Africa de Robert und Soha Fleyfil (forumZFD Libanon).



Wadad Halawani bei Protestaktionen. Heute sagt sie: „Wir müssen weiter für unsere Sache kämpfen.“

Das forumZFD im Libanon

Seit 2015 unterstützt das forumZFD das Komitee der Familien der Entführten und Vermissten im Libanon. Unter anderem half das forumZFD, die öffentliche Sichtbarkeit des Komitees zu vergrößern, und ermutigte die Frauen, sich für strukturellen Wandel einzusetzen und Rechenschaft einzufordern. Als Mitglied im „Forum für Erinnerung und Zukunft“ und durch Projekte im Bereich der Vergangenheitsbewältigung arbeitet das forumZFD im Libanon mit verschiedenen lokalen Partnerorganisationen daran, vielfältigen Perspektiven auf historische Ereignisse Gehör zu verschaffen. Dadurch steigt die gegenseitige Akzeptanz der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Libanon.

LEBENSRETTER

Dieses putzige Tierchen hat erstaunliche Fähigkeiten: Die Riesenhamsterratte kann durch ihren exzellenten Geruchssinn Landminen und andere Sprengstoffe aufspüren, sodass Expert*innen diese unschädlich machen können. Dem Tier geschieht dabei nichts: Es ist zu leicht, als dass die Minen durch sein Gewicht explodieren könnten. Diese Ratte namens Magawa wurde von der Organisation APOPO ausgebildet. Während ihres Einsatzes in Kambodscha hat sie über 100 Landminen und andere gefährliche Waffenreste aufgespürt und so dazu beigetragen, das Leben für die Menschen vor Ort sicherer zu machen. Für diesen Erfolg wurde Magawa mit einer Goldmedaille ausgezeichnet. Anfang des Jahres starb Magawa eines natürlichen Todes – bereits in Rente und im stolzen Alter von acht Jahren. ■



Gesichter eines Genozids

In Kambodscha lernen Jugendliche aus der Vergangenheit

Von Silviu Mihai

Mitten in Kambodschas Hauptstadt Phnom Penh liegt ein Ort unvorstellbaren Schreckens: Tuol Sleng, das ehemalige Foltergefängnis der Roten Khmer. Heute dient es als Museum. Zu sehen sind unter anderem Fotos der Opfer und der Täter*innen des Genozids. Gerade für junge Menschen, die dieses dunkle Kapitel in Kambodschas Geschichte nicht selbst erlebt haben, ist dieser Ort ein eindrückliches Mahnmal für eine friedlichere Zukunft. Doch viele Schulen können sich die Reise in die Hauptstadt nicht leisten. Als Teil eines Friedensbildungsprojekts ermöglichte das forumZFD zwei Schulklassen einen Besuch im Museum.



Der 17-jährige Seriphoat Sokhun besucht die Ausstellung zum ersten Mal.

alle Bilder auf dieser Doppelseite: © Silviu Mihai

An dem einfachen Zaun, hinter dem große Palmen und ein paar marode Gebäude zu sehen sind, lässt sich kaum erkennen, dass dieser Ort einst eine verhängnisvolle Rolle spielte. Auch der großzügige Hof mit Bänken und kleinen Grünanlagen lässt nicht wirklich ahnen, was hier in den 1970er Jahren geschah. Erst als eine der Museumsführerinnen anfängt zu erzählen, wie fünf ihrer Familienangehörigen damals in diesem Gefängnis getötet wurden, beginnt auch die Schulgruppe, das Gelände im Detail wahrzunehmen. Am Tag zuvor reisten die rund 30 Jugendlichen mit dem Bus aus der fast 300 Kilometer entfernten Stadt Battambang an, um sich hier in Phnom Penh das Genozid-Museum anzuschauen. Sie tragen die weißen und blauen Uniformen ihrer beiden Gymnasien und hören ruhig zu, wie die Roten Khmer hier aus Klassenzimmern Zellen und Folterräume machten.

Gleich nachdem eine Person hierhergebracht wurde, war ein Fotograf damit beauftragt, die üblichen Frontal- und Profilbilder aufzunehmen, die heute mehrere Ausstellungsräume füllen. Einige Wochen oder Monate später, so erzählt die Museumsführerin, nahm der Fotograf dann die Pendant-Bilder auf, nämlich die von den Leichen der Gefangenen. Schätzungen zufolge waren fast 20.000 Menschen zwischen 1976 und 1979 in Tuol Sleng inhaftiert. Fast alle Gefangenen starben entweder durch

Folter oder sie wurden auf den sogenannten Todesfeldern vor den Toren Phnom Penhs hingerichtet. Nur ein knappes Dutzend überlebte.

In dieser Schreckensbilanz drückt sich die Brutalität aus, mit der die Roten Khmer in den 1970er Jahren über Kambodscha herrschten. Ihre ideologischen Wurzeln hatte die Bewegung im marxistisch und antikolonial geprägten Pariser Studierendenmilieu der 1950er und 1960er Jahre. Dort verbrachte Pol Pot, der spätere politische und militärische Anführer, sein Auslandsstudium. Doch mit den Programmen anderer kommunistischer Parteien, bekannt etwa aus der UdSSR oder aus anderen osteuropäischen Ländern, hatte die politische Agenda der Roten Khmer nur wenig gemein. Nach der Machtübernahme 1975 strebten Pol Pot und sein Umfeld keine rasche Urbanisierung, Industrialisierung und Alphabetisierung Kambodschas an. Im Gegenteil: Die Roten Khmer versuchten, das Land mit Gewalt in eine vollständige Agrarwirtschaft umzuwandeln. Jede Form von Bildung und Technologie galt als politisch verdächtig. Bücher wurden verbrannt, Geld und Religionsausübung verboten, und beinahe die gesamte intellektuelle Elite des Landes wurde ermordet. Nur wenige Tage, nachdem die Roten Khmer die Hauptstadt eingenommen hatten, vertrieben sie die Bevölkerung. Phnom Penh, das bis dato rund zwei



„Der Besuch hat meine Wahrnehmung sehr verändert“, sagt die Zwölfklässlerin Sotscheata Thoeun aus Battambang.

Millionen Einwohner*innen gezählt hatte, glich einer Geisterstadt. Auch andere Großstädte wurden entvölkert. In langen Fußmärschen wurden die Menschen aufs Land gebracht. Wer die Strapazen überlebte, wurde zur Zwangsarbeit auf den Reisfeldern eingesetzt.

Während in anderen kommunistischen Ländern nationalistische Ressentiments im Namen der sozialistischen Brüderlichkeit für kontrarevolutionär erklärt wurden, taten die Roten Khmer das genaue Gegenteil: Sie schürten Rassismus und Feindseligkeiten gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten. Mit Gewalt versuchte das Regime, eine Rückkehr zu einer vermeintlich ursprünglichen, „reinkambodschanischen“ Gesellschaft zu erzwingen. Der Name der Roten Khmer leitet sich von der größten Bevölkerungsgruppe, den Khmer, ab. Angehörige anderer ethnischer Gruppen, etwa der vietnamesischen Minderheit, der indigenen muslimischen Cham oder der Bergvölker wurden systematisch ▶



Während viele Fotos der Opfer der Roten Khmer mit Namen versehen sind, bleiben die Täter*innen im Museum meist anonym.



Orte des Schreckens:
Die Schulklassen besichtigen die
ehemaligen Verhörräume.

vernichtet. Auch Oppositionelle und politisch Andersdenkende wurden vom Regime verfolgt und in Gefängnissen wie Tuol Sleng gefoltert.

Die Schüler*innen aus Battambang, die das ehemalige Gefängnis an diesem Tag besuchen, erfahren von der Museumsführerin, dass es während der Herrschaft der Roten Khmer landesweit fast 200 solcher sogenannter Sicherheitsämter gab. Doch Tuol Sleng diente als eine Art Hauptstelle der Repression, wo das Regime seine vermeintlichen Gegner*innen zum Verhör inhaftierte. Zuvor hatte das Gebäude lange als Sekundärschule gedient. Nach der Vertreibung der Stadtbevölkerung funktionierten die Roten Khmer diesen Standort mitten in der nun menschenleeren Hauptstadt in eine Einrichtung um, die offiziell „Sicherheitsamt 21“, kurz S-21, hieß.

Sogar Kinder waren unter den Gefangenen

Die meisten Menschen, die hierhergebracht wurden, waren jung, zum Teil sehr jung. Minderjährige oder sogar Kinder festzunehmen, entweder allein oder mit ihren ganzen Familien, war gängige Praxis. Und auch unter den Fotos der Täter*innen, die in einem anderen Ausstellungsraum gezeigt werden, entdecken die Schüler*innen aus Battambang unter den charakteristischen Mützen der Roten Khmer viele Gesichter von 17-, 18- oder 20-Jährigen. „Wie war es denn überhaupt möglich, dass damals kambod-

schanische Teenager wie wir oder ein bisschen älter als wir Tausende ihrer eigenen Landsleute folterten und umbrachten?“, fragt Seriphaoat Sokhun, ein 17-Jähriger aus Battambang, der auf das Net-Yang-Gymnasium geht. Eine klare und einfache Antwort auf seine Frage bekam er in der Schule noch nicht. Und auch an diesem heißen Tag, an dem er mit seinen Klassenkamerad*innen die Hauptstadt besucht, fällt es der Museumsführerin schwer, solche Fragen zu beantworten.

Dafür erleben die Schüler*innen auf ihrem Rundgang hautnah, welchen Bedingungen die Gefangenen ausgesetzt waren: die kargen, kaum drei Quadratmeter großen Zellen, wo sie direkt auf dem Boden schlafen mussten, Hände oder Füße an einer Eisenstange gefesselt. Die Verhörräume mit Lattenrosten aus Metall, an deren Wänden die Bilder von verstümmelten Leichen hängen. Ein vietnamesischer Reporter hatte diese Fotos im Januar 1979 aufgenommen, kurz nach der Eroberung Phnom Penhs durch vietnamesische Truppen, die die Roten Khmer entmachteten und in den Untergrund trieben. Die absurden Verhörregeln, die selbst das „richtige Verhalten“ bei Folter vorschrieben („Bloß nicht heulen! Sonst fünf Stromschläge mehr!“). Die seitenlangen erzwungenen Geständnisse frei erfundener Spionage-Verbrechen, akribisch protokolliert durch die Funktionär*innen des

Regimes. Diese schriftlichen Protokolle stehen im absurden Kontrast zu der sonstigen Bildungsfeindlichkeit der Roten Khmer, in der Andersdenkende bereits durch die Fähigkeit, zu lesen und schreiben, verdächtig werden konnten.

„Ich bin von der Grausamkeit der Taten schockiert“, sagt der 17-jährige Sokhun. „Ich denke schon, dass wir in der Schule mehr über dieses Zeitalter lernen sollen.“ Es ist tatsächlich das erste Mal, dass der junge Mann sich das ehemalige Gefängnis anschaut. Auch die meisten seiner Mitschüler*innen sind vorher noch nie hier gewesen. Einige hätten das Ausmaß der damaligen Verbrechen für kaum möglich gehalten. „Viele Fotos zeigen Menschen, die gefoltert wurden. Es ist etwas ganz anderes, diese Bilder direkt am Ort des Geschehens zu sehen. Der Besuch hat meine Wahrnehmung sehr verändert“, schildert die Zwölfklässlerin Sotscheata Thoeun vom Samdetsch-Oeu-Gymnasium ihre Eindrücke. Der Museumsbesuch ist Teil des Friedensbildungsprojekts „Junge Generation“, welches das forumZFD zusammen mit zwei Gymnasien sowie mit dem Bildungsamt der Provinz Battambang seit 2021 umsetzt. Rund 30 Schüler*innen bekommen so die Chance, sich direkt mit diesem dunklen Kapitel der jüngeren kambodschanischen Geschichte auseinanderzusetzen.

Es braucht eine systematische Aufarbeitung

Obwohl der Lehrplan in Kambodscha für den Geschichtsunterricht mehrere Lektionen über die Diktatur der Roten Khmer vorsieht, fehlt es meistens an Ressourcen, um für jede Schule im Land einen solchen Hauptstadtbesuch zu organisieren, sagt Phavoan Phan vom Bildungs- und Jugendamt Battambang. „Ich freue mich, dass das forumZFD unseren Schüler*innen diesen Besuch ermöglicht hat. Die Taten des Regimes waren inakzeptabel und

alle Bilder auf dieser Doppelseite: © Silvia Mihai

so etwas darf sich nie wiederholen. Die kambodschanische Regierung bewahrt diese historischen Orte, damit junge Menschen sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen können.“ Projektmanagerin Carla Groß vom forumZFD ergänzt: „Gerade für die junge Generation, die um die Jahrtausendwende und damit nach dem Ende des Bürgerkriegs geboren wurde, wäre eine systematischere Aufarbeitung der damaligen Geschehnisse wünschenswert. Denn zu diesem Thema gibt es noch immer kaum Austausch mit der älteren Generation. Nur durch eine solche Aufarbeitung kann also eine kritische Reflexion stattfinden und nur so können in Zukunft friedliche Lösungen zu diversen Konflikten gefunden werden.“

Im Tuol-Sleng-Museum entdecken die Schüler*innen aus Battambang viele Fotos von Opfern der Roten Khmer. Darunter sind die Namen der abgebildeten Personen zu lesen. Dahingegen bleiben die Täter*innen im Museum weitestgehend anonym. Neugierig und zugleich beklommen betrachten die Jugendlichen die Bilder von uniformierten Gleichaltrigen, die in einem der Ausstellungsräume an der Wand hängen. Diese jungen Menschen waren während der Herrschaft der Roten Khmer unter anderem in der Wachtruppe des Gefängnisses eingeteilt, arbeiteten in der Verwaltung oder waren an Verhören und Folter beteiligt. Was aus ihnen geworden ist? Diese Frage bleibt im Raum stehen.

Ähnlich wie in Deutschland nach dem nationalsozialistischen Terror ist auch in Kambodscha die Aufarbeitung der Diktatur ein langwieriger und komplexer Prozess – nicht nur strafrechtlich, sondern auch gesellschaftlich. In den wenigsten kambodschanischen Familien wird offen über diese Zeit gesprochen. Zwar erzählt manchmal eine ältere Tante, ein Onkel oder ein Großvater, wie schrecklich die Deportationen, die Zwangsarbeit auf den Reisfeldern, der Hunger und die Gewaltherrschaft waren. Niemand jedoch scheint Familienangehörige zu kennen, die damals etwa diese Deportationen organisiert oder gar bei den sogenannten Santibal, den gefürchteten „Sicherheitswächtern“ des Regimes, gearbeitet hätten.

Gefängnisleiter argumentierte wie Adolf Eichmann

Im Fall von Tuol Sleng sind lediglich die Namen der obersten Beamten*innen bekannt. Leiter des Gefängnisses und gleichzeitig Anführer der Santibal war ab 1976 ein Mathematiklehrer namens Gek-Iew Kang, besser bekannt als Genosse Dutsch, der später als einer der ersten Funktionär*innen des Regimes auf der Anklagebank saß. 2010 wurde er vom Internationalen Rote-Khmer-Gerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt, 2020 starb er in Haft. Ähnlich wie einige Funktionär*innen des Nationalsozialismus war auch Dutsch der Strafverfolgung lange Zeit entgangen:

Bevor er erkannt und festgenommen wurde, hatte er mehrere Jahre unter falschem Namen für internationale Hilfsorganisationen gearbeitet. Sein Geständnis vor Gericht klärte viele Sachverhalte und ist aus historischer Perspektive sehr wichtig. Interessant ist jedoch auch, dass Dutsch ähnliche Argumente benutzte wie seinerzeit der Nationalsozialist und SS-Führer Adolf Eichmann. In einem Interview sagte Dutsch, er sei einfach Teil einer Maschinerie gewesen und habe Befehlen gehorcht. Er habe keine Alternative gehabt.

Die Schüler*innen aus Battambang jedenfalls nehmen von dem Besuch in Tuol Sleng viele Eindrücke mit. Auf dem Weg aus dem Museum sind viele nachdenkliche Mienen zu sehen. Es ist ein kleiner Schritt hin zu einem besseren Verständnis der Vergangenheit – und damit für eine friedlichere Zukunft. ■



Das ehemalige Foltergefängnis Tuol Sleng ist heute ein Museum.

Das forumZFD in Kambodscha

Seit 2015 ist das forumZFD in Phnom Penh und Battambang aktiv. Hier konzentriert sich das Team darauf, Dialogräume zu schaffen, um Begegnungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen und so Vorurteile abzubauen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Verbreitung von Methoden zur zivilen Konflikttransformation. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt zudem den jungen Kambodschaner*innen, denn sie sind diejenigen,

die die Zukunft ihres Landes gestalten werden und bereits heute die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Zusammen mit lokalen Partnerorganisationen unterstützt das forumZFD die Zivilgesellschaft dabei, die Vergangenheit aufzuarbeiten und friedliche Ansätze für die Lösung gegenwärtiger Konflikte zu identifizieren. In dem Projekt „Junge Generation“ geht es etwa darum, junge Menschen in der Stadt Battambang und in der gleichnamigen Provinz in Konflikttransformation und anderen verwandten Themen weiterzubilden.

Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie machen

In ihrem Koalitionsvertrag kündigten die Ampelparteien an, im ersten Jahr der neuen Bundesregierung eine „Nationale Sicherheitsstrategie“ vorzulegen. Die Gefahr ist groß, dass dabei Sicherheit mit militärischer Stärke gleichgesetzt wird. Echte Sicherheit kann jedoch nur aus Frieden erwachsen. Gemeinsam mit Ohne Rüstung Leben fordern wir: Die neue Strategie muss den Frieden in den Mittelpunkt stellen!

Worum geht es?

Das Außenministerium erarbeitet zurzeit eine „Nationale Sicherheitsstrategie“. Diese legt die Leitlinien der internationalen Politik Deutschlands für die kommenden Jahre fest. Es handelt sich um das erste Projekt dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik – und es entsteht in einer Zeit, in der die sicherheitspolitische Debatte durch den Krieg in der Ukraine stark aufgeheizt ist. Aus friedenspolitischer Sicht besteht die große Gefahr, dass sich diejenigen Stimmen durchsetzen, die Sicherheit mit militärischer Stärke gleichsetzen. Dies wäre die Fortsetzung der traditionellen „Sicherheitslogik“, die davon ausgeht, dass Sicherheit mit der Größe des Verteidigungsapparates zunimmt. Aus friedenslogischer Sicht führt diese Politik in eine Sackgasse. Denn echte Sicherheit kann nur aus Frieden erwachsen.

Was fordern wir?

Die neue Strategie muss den Frieden in den Mittelpunkt stellen. Konkret bedeutet dies, dass sie auf Prävention, Abrüstung und die Schaffung einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen setzt. Die Strategie sollte den Rahmen schaffen für ein entschlossenes Handeln gegen die immensen globalen Herausforderungen, vor denen wir stehen: Klimakrise, Hunger, Pandemien und Artensterben sind große Bedrohungen für alle Menschen. Auch die Zivile Konfliktbearbeitung muss gestärkt werden, denn sie bekämpft Ursachen von Gewalt und trägt so zum Aufbau friedlicher Gesellschaften bei. Bewährte Instrumente hierfür sind Prävention, Deeskalation, Kooperation und Versöhnung.

Machen Sie mit!

Ohne Rüstung Leben und das forumZFD richten einen gemeinsamen Appell an die Außenministerin: **Frau Baerbock, machen Sie die Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie!** Wir bitten Sie, liebe Leser*innen, sich unserer Forderung anzuschließen. Schreiben Sie eine Postkarte oder eine E-Mail an Frau Baerbock. Gemeinsam sind wir eine starke Stimme für eine friedenslogische Ausrichtung der deutschen (Außen-)Politik!

Über unsere Webseite können Sie direkt eine E-Mail an Außenministerin Baerbock senden und kostenlos Aktionspostkarten bestellen: www.forumZFD.de/friedensstrategie



Annalena Baerbock: © Deutscher Bundestag/Marc-Steffen Unger / Sheena Anderson; © Miriam Mona Mukalazi / Miriam Mona Mukalazi; © Kai Eisenbraut

Mehr Feminismus wagen!

Eine Einführung in Deutschlands feministische Außenpolitik

Von Miriam Mona Mukalazi und Sheena Anderson

Mit Annalena Baerbock an der Spitze des Auswärtigen Amtes verfolgt Deutschland erstmals eine feministische Außenpolitik. Hierbei setzt Deutschland auf das 3R+D-Modell: Rechte, Ressourcen, Repräsentation und Diversität. Eine kurze Analyse.

R wie Rechte

Bis heute ist strukturelle Diskriminierung weiterhin fester Bestandteil der politischen Praxis. Zum Beispiel an den Außengrenzen der EU. Dort entscheiden oftmals rassistische Annahmen darüber, wie menschlich Geflüchtete behandelt werden. Eine feministische Außenpolitik setzt sich zum Ziel, diese Diskriminierungsformen zu bekämpfen, denn Menschenrechte sind der Kern feministischer Außenpolitik. Sie muss das Recht auf Gleichbehandlung, und somit Artikel 3 der Genfer Flüchtlingskonvention, für alle Geflüchteten sicherstellen.

R wie Ressourcen

Eine feministische Außenpolitik grenzt sich von bisheriger Außenpolitik, besonders auch deren Haushalt, deutlich ab. Als Konsequenz fordert eine feministische Außenpolitik, Militärausgaben zu reduzieren und finanzielle Ressourcen für soziale und andere gesellschaftliche Bereiche aufzubringen. Dazu gehören Investitionen in die ausreichende psychologische Betreuung für Betroffene sexualisierter Gewalt aller Geschlechter. Aktuell fehlt es weiterhin an Projektmitteln für solch eine umfassende Betreuung – insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Dadurch steht die psychologische und physische Gesundheit für

Überlebende sexualisierter Gewalt in Konflikten, auf der Flucht und hier in Deutschland weiterhin auf dem Spiel.

R wie Repräsentation und D wie Diversität

Zahlreiche Berichte der Frauenrechtsorganisation UN Women zeigen deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit eines nachhaltigen Friedens steigt, wenn eine große Anzahl unterschiedlicher Gruppen am Friedensprozess beteiligt ist. So setzen sich feministische Organisationen, wie OWEN e. V., für einen zivilgesellschaftlichen Dialog ein, der die gleichberechtigte Repräsentation und Teilhabe aller Konfliktparteien fördert. Dabei geht es nicht nur um die Repräsentation von Frauen, sondern vor allem um die aktive Teilhabe von Menschen, die (gezielt) von Verhandlungstischen ausgeschlossen werden. Eine feministische Außenpolitik muss daher gewährleisten, dass bei Verhandlungen die Gesellschaft in ihrer Vielfalt repräsentiert ist, um erneute Eskalationen verhindern zu können.

Unsere Forderung

Feministische Zivilgesellschaft fordert seit langem, dass bei einer tatsächlichen feministischen Außenpolitik die Rechte, die Ressourcen und die Repräsentation der am



Annalena Baerbock ist Deutschlands erste Außenministerin.

meisten benachteiligten Gruppen stets im Vordergrund stehen müssen. Der Status quo zeigt jedoch weiterhin, dass die Bundesregierung feministische Außenpolitik oft als eindimensionales Frauenthema versteht – ohne eine notwendige intersektionale Perspektive auf Krieg und Frieden einzunehmen, die vielfältige Dimensionen von Diskriminierung berücksichtigt. Wir fordern daher ein klares Bekenntnis zu einer intersektional feministischen Umsetzung einer feministischen Außenpolitik, unter Einbezug und (finanzieller) Förderung feministischer Zivilgesellschaft und im stetigen Austausch mit marginalisierten Gruppen.



Miriam Mona Mukalazi beschäftigt sich als Politikwissenschaftlerin mit feministischen Sicherheitstheorien und ist Mitglied des Aufsichtsrates des forumZFD.

Sheena Anderson ist Projektmanagerin am Centre for Feminist Foreign Policy und Aktivistin im Black Earth Kollektiv.



Die ukrainische Zivilgesellschaft lebt! Mit den Spenden, die wir für die Ukraine erhalten, unterstützen wir unsere Partnerorganisationen vor Ort. Zum Teil sind dies Gruppen und Aktivist*innen, mit denen wir bereits lange zusammenarbeiten. Andere Kooperationen haben wir neu gestartet. In den letzten Wochen erhielten wir von unseren Partnern zahlreiche Berichte, wie sie die Spenden eingesetzt und damit vielen Menschen geholfen haben. Auf dieser Doppelseite haben wir einige Beispiele für Sie zusammengestellt.

WAS UNS **Hoffnung** MACHT

NEUE ENERGIE

Die Gemeinde Nemischajewe im Norden von Kiew stand über einen Monat lang unter Beschuss und war eingenommen von russischen Truppen. Die Elektrizitätsinfrastruktur wurde völlig zerstört. Dank Spenden konnten Solarpaneele gekauft und installiert werden. Mehr als **2.000 Menschen** können sich nun autonom versorgen.

NEUES LEBEN

Freiwillige Helfer*innen der Organisation „Krokodil“ aus Serbien brachten mit Hilfe des forumZFD Hilfsgüter und medizinische Geräte in eine Spezialklinik zur Versorgung von Früh- und Neugeborenen in Charkiw – und damit großes Glück für **250 Babys und ihre Mütter** inmitten der umkämpften Stadt.

GERECHTIGKEIT IST MÖGLICH

Seit vielen Jahren unterstützt das forumZFD die Organisation „Past Future Art“ (*Vergangenheit Zukunft Kunst*). Zurzeit arbeiten die Historiker*innen und Kulturschaffenden vor allem zur Gegenwart. Sie dokumentieren das Kriegsgeschehen sowie mögliche Kriegsverbrechen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Begleitung von **10 Kulturschaffenden**. Sie vertreten einen Teil der Gesellschaft, der derzeit wenig bis gar keine Aufmerksamkeit erhält und dessen Leid nicht in Vergessenheit geraten darf.

TRÄUME SCHENKEN ZUVERSICHT

In Online-Kreativkursen erhalten rund **1.000 Menschen** in und aus der Ukraine den nötigen Raum, um sich zu sammeln und zur Ruhe zu kommen, sich auszutauschen und sich eine friedliche Zukunft der Ukraine auszumalen. Das mit Hilfe des forumZFD finanzierte Projekt „Dream & Do“ (*Träumen & Tun*) ist heilsam für die Menschen und verschafft den ukrainischen Kursleiter*innen gleichzeitig ein Einkommen.

GEGENSEITIGE UNTERSTÜTZUNG

In den letzten Monaten wurde die professionell moderierte Facebook-Gruppe „Kidfriendly“ (*Kinderfreundlich*) für Eltern in Odessa zu einem sicheren Ort, an dem fast **40.000 Mütter und Väter** ihre Gedanken austauschen können, Zugang zu wichtigen Informationen erhalten und auf Wunsch psychologischen Beistand vermittelt bekommen. Als durch den Krieg Werbepartner wegfielen und damit auch das Einkommen des Moderator*innen-Teams, sprang das forumZFD ein.

LEBEN IN WÜRDE

Die *IT-Omas* („IT Babusi“) vernetzen Senior*innen untereinander. Mit Unterstützung des forumZFD besorgen und verteilen sie nun knappe, dringend benötigte Hilfsgüter. Rund **400 ältere und oft kranke Menschen** erhalten Medikamente und Hygieneartikel. So können sie in Würde durch diese für sie besonders schwere Zeit des Krieges gehen.

KINDER WERDEN HELD*INNEN

Das „Regional Analytical Center“ arbeitet in der ländlichen Region rund um Odessa. Dort fanden in den letzten Monaten viele Kinder aus noch stärker umkämpften Gebieten Schutz. Die Unterstützung des forumZFD ermöglichte Kurse für rund **200 einheimische und geflüchtete Kinder**. Mit spielerischen Methoden erlernen sie, wie wichtig gerade jetzt gegenseitiger Respekt und friedliches Miteinander sind, damit sie alle gemeinsam diese riesige Herausforderung meistern können.

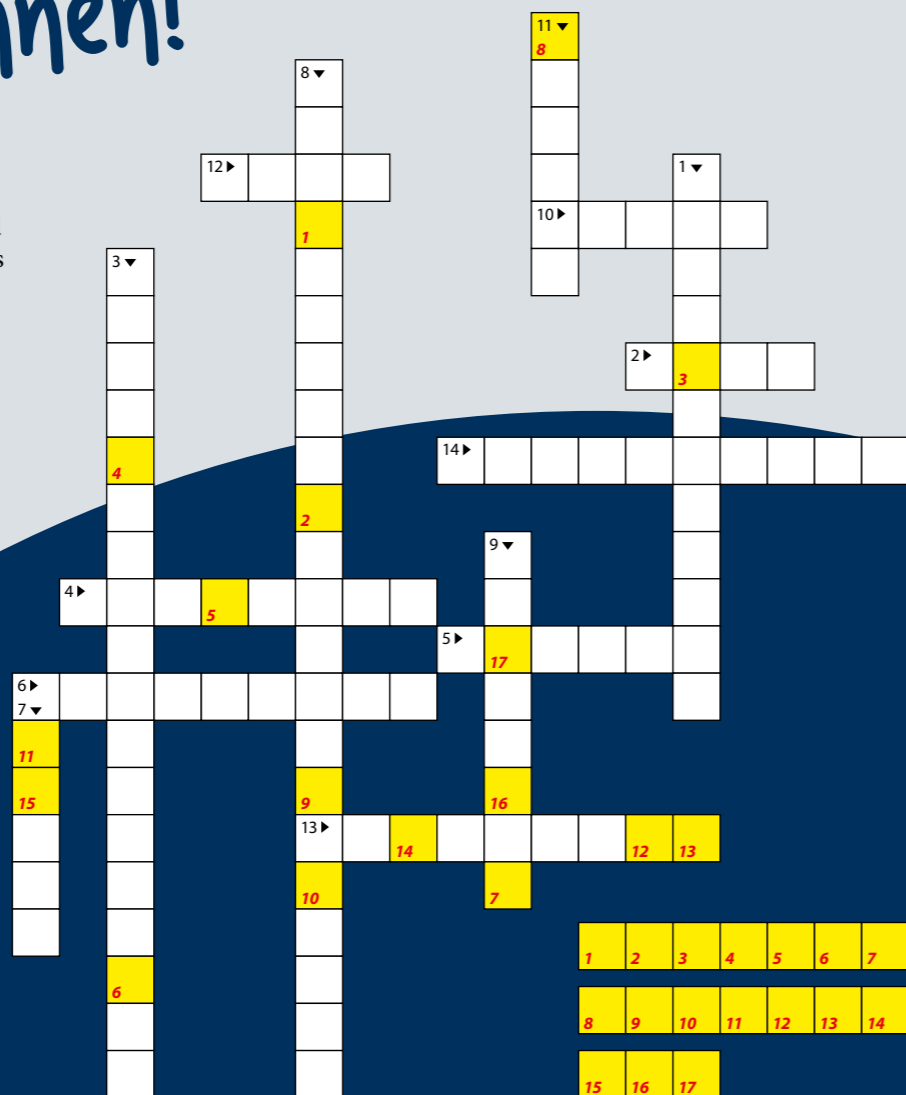


Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns das Lösungswort des Rätsels bis zum 09.09.2022 und gewinnen Sie ein Päckchen unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendungen des Lösungswortes lösen wir drei Gewinner*innen aus.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Mehr Infos zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie unter:
www.forumZFD.de/publikation/friedenskaffee



Die Rätselfragen:

- Partnerorganisation des forumZFD in der Ukraine („Gute Nachbarschaft“)
- In welcher Stadt fand die erste Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag statt?
- In welchem Bundesland wurde 2022 eine schwarz-grüne Landesregierung gebildet?
- Auf welcher philippinischen Insel arbeitet das forumZFD?
- Welches Treibhausgas wird hauptsächlich durch Rinderhaltung ausgestoßen?
- Was fand Ende Juni im Schloss Elmau statt?
- 1997 erhielt das forumZFD den ...-Heinemann-Bürgerpreis.
- Die Akademie für ... bildet Friedensfachkräfte aus.
- Wie heißt eine Inselwelt im Pazifik nördlich und östlich von Australien?
- Hauptstadt von Jordanien
- Das forumZFD ist im Westlichen ... aktiv.
- Der UN-Sicherheitsrat setzt sich aus ... ständigen und zehn nicht-ständigen Mitgliedern zusammen.
- Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und forumZFD-Botschafter (Nachname)
- Welche Wahl (umgangssprachlicher Name) findet das nächste Mal 2024 statt?

Lösungshinweise: 1) Sonderzeichen beanspruchen ein eigenes Kästchen. 2) Umlaute brauchen nur ein Kästchen.
Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 10.09.2022 unter: www.forumZFD.de/raetsel

Blumenkohl- puffer

MIT MINZ-DIP



Zutaten:

Für die Blumenkohlpufer:

- 1 Blumenkohl
- 1 Zwiebel, gehackt
- 25 g Petersilie, gehackt
- 20 g Koriander, gehackt
- 2 Eier
- 130 g Mehl
- ½ TL Backpulver
- 1 ½ TL Kreuzkümmel
- ½ TL Zimt
- ½ TL Kurkuma
- ½ TL Chiliflocken
- ½ TL Cayennepfeffer
- Sonnenblumenöl

Für den Minz-Dip:

- 300 g Joghurt
- 2 EL Minze, gehackt
- 2 EL Zitronensaft
- 1 ½ EL Olivenöl
- Salz/ Pfeffer

Palästina, ein Land, in dem die Menschen derzeit unter schwierigsten Lebensbedingungen leben. Aus wenigen Zutaten müssen sie viel erschaffen. Die Kombination aus Grundzutaten und Gewürzen, wie wir sie auch in Deutschland kennen, lassen uns kulinarisch nach Palästina reisen. So schmeckt Zukunft – mit gerecht verteilten Ressourcen. ■



Zubereitung:

Für den Dip den Joghurt in eine Schüssel geben, die Minze sorgfältig hacken und mischen. Danach Zitronensaft und Olivenöl in den Joghurt rühren. Bevor die Schüssel in den Kühlschrank wandert, kommt noch ausreichend Salz und Pfeffer dazu.

Nun geht es an die Blumenkohlpufer. Ein Topf mit gesalzenem Wasser zum Kochen bringen und nebenbei den Blumenkohl in kleinere Röschen schneiden. Die Blumenkohlroschen innerhalb von 4–5 Minuten weichkochen. Anschließend abgießen, jedoch ein Viertel des Kochwassers auffangen.

Mit Hilfe eines Kartoffelstampfers den Blumenkohl grob zerdrücken. Gehackte Petersilie, Koriander und Zwiebel mit dem Blumenkohl vermengen. Dann Mehl, Eier und die restlichen Gewürze dazugeben und alles verrühren. Falls der Teig zu flüssig ist, mehr Mehl untermengen. Ist der Teig allerdings zu fest, wird das abgefangene Kochwasser verwendet. Zum Abschluss mit Salz und Pfeffer abschmecken.

Sonnenblumenöl in der Pfanne erhitzen. Die einzelnen Puffer werden portionsweise mit einem Esslöffel in die Pfanne gegeben und etwa 3–4 Minuten pro Seite braun gebraten.

Die fertigen Blumenkohlpufer mit dem Minz-Dip servieren und genießen!

Das Rezept stammt ursprünglich aus dem Ressourcen-Kochbuch des Weltfriedensdienstes. Das Original-Rezept finden Sie unter: wfd.de/rezepte/palaestina-blumenkohlpufer-minz-dip



Geschäftsbericht des forumZFD 2021

Friedlichen Wandel gestalten

Inmitten einer neuen Krise, dem verheerenden Krieg in der Ukraine, berichten wir Ihnen über ein vergangenes Krisenjahr. Ist das ein Modus, an den wir uns gewöhnen müssen? Ein Krieg in Europa, dessen fatale Folgen global spürbar sind und auf den eine der dominanten Antworten weitere militärische Aufrüstung ist. Dazu die rasanten, menschengemachten Verschlechterungen der Lebensbedingungen auf unserem Planeten.

Doch so wie die Probleme der Menschheit tiefe Wurzeln haben, so gilt dies auch für die Kraft der Friedensarbeit. Unsere Gründungsmitglieder Helga und Konrad Tempel, die unlängst ihre 90. Geburtstage feierten, schrieben uns unlängst:

„Es gibt nach unserem Verständnis eine Energie, die unterhalb des gegenwärtigen Mainstreams weiter wirkt und unserer aller Vertrauen auf eine konstruktiv gestaltbare Zukunft bestärkt. Ihr und – solange es geht – auch wir haben Phantasie und Fähigkeiten genug, unbeirrt mit dem Ziel weiterzugehen, das wir für unseren gemeinsamen Weg gewählt haben: ‚dass man da wohnen möge‘ (Jesaja 58.12).“

Zugleich gilt, keine Zeit zu verlieren und jetzt und hier den friedlichen Wandel zu gestalten, der das Leben auf unserem Planeten sichert. Der Geschäftsbericht zeichnet für Sie nach, wie wir im forumZFD in den zwölf Monaten des Jahres 2021 Impulse und Akzente gesetzt haben, damit Menschen und Gesellschaften die Kraft der gewaltfreien Transformation von Konflikten erleben und wertschätzen können.

So fand erstmals ein von der Akademie für Konflikttransformation implementiertes Training in einem Programmland statt – die Winter School im Kosovo für

junge Aktivist*innen. Darüber hinaus setzte die Akademie mehrere sogenannte „Seminare nach Maß“ um, die auf die Bedarfe und Wünsche der beauftragenden Organisation zugeschnitten werden. Außerdem konnte der administrative Aufbau des Programms im Irak abgeschlossen werden und es fanden erste, kleinere Pilotprojekte vor allem für Jugendliche statt. Auf den Philippinen unterstützte das forumZFD Partner*innen, die sich für die Rechte marginalisierter Bevölkerungsgruppen einsetzen. Unter Beibehaltung bewährter indigener Methoden erarbeiteten sie, wie im Konfliktfall Interessen erfolgreich gewaltfrei kommuniziert werden können. In Deutschland wiederum galt es, die Kommunale Konfliktberatung (KKB) zu verstetigen, auszubauen und ihre Qualität zu sichern. Zudem initiierte das forumZFD einen europäischen Austausch zur KKB mit Teilnehmenden aus 16 Ländern.

Unsere Friedensarbeit ist ein Werk, das nur gemeinsam getan werden kann. Unser großer Dank gilt deshalb unseren Mitarbeiter*innen an den Projektstandorten und in der Geschäftsstelle in Köln, unseren Freiwilligen im politischen Leben (FSJ-P) sowie unseren Partnerorganisationen in Deutschland und weltweit. Ebenfalls danken wir unseren institutionellen Förder*innen, allen Gesprächspartner*innen in der Zivilgesellschaft und in der Politik sowie unseren Mitgliedern und Mitgliedsorganisationen, die unsere Arbeit mittragen und demokratisch legitimieren. Und schließlich danken wir denjenigen ganz besonders, die unsere Arbeit 2021 ehrenamtlich unterstützt haben und/oder durch ihre Spende, ihren Förderbeitrag oder ihre Zustiftung die finanzielle Basis für unsere Friedensarbeit geschaffen haben. Für das uns entgegengebrachte Vertrauen bedanken wir uns herzlich und versichern, dass das forumZFD auch im Jahr 2022 sein Friedensengagement mit Ihrer Hilfe unvermindert und „Entschieden für Frieden“ fortführen wird.

Den vollständigen Geschäftsbericht können Sie ab September unter www.forumZFD.de/Geschäftsbericht als PDF herunterladen oder in unserer Geschäftsstelle als E-Mail oder Ausdruck bestellen: kontakt@forumZFD.de, **Telefon 0221-91 27 32 0**.



ERTRÄGE		2021 (€)	Vorjahr (€)
Institutionelle Zuwendungen			
Projekte Ausland BMZ	●	8.468.815	8.210.670
Qualifizierung BMZ	●	746.848	681.527
Konfliktberatung Inland	●	659.738	674.222
Drittmittel / sonstige Zuschüsse	●	217.380	126.208
Einnahmen Qualifizierung	●	234.834	243.409
Spenden*, Mitgliedsbeiträge	●	633.607	523.835
Zinsen und sonstige Erträge	●	39.721	117.948
SUMME		11.000.943	10.577.819

AUFWENDUNGEN		2021 (€)	Vorjahr (€)
Projektförderung und -begleitung			
Projekte Ausland	●	7.858.557	7.585.309
Qualifizierung	●	805.031	767.492
Konfliktberatung Inland	●	630.996	648.423
Drittmittel / sonstige Projekte	●	239.401	151.366
Satzungsgemäße Kampagnen, Bildungs-/Aufklärungsarbeit	●	171.631	156.307
Fundraising, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	●	440.440	342.675
Allgemeine Verwaltung	●	819.677	723.457
SUMME		10.965.733	10.375.029



●	76,98 %	Projekte Ausland BMZ
●	6,79 %	Qualifizierung BMZ
●	6,00 %	Konfliktberatung Inland
●	1,98 %	Drittmittel, sonstige Zuschüsse
●	2,13 %	Einnahmen Qualifizierung
●	5,76 %	Spenden*, Mitgliedsbeiträge
●	0,36 %	Zinsen und sonstige Erträge



●	71,66 %	Projekte Ausland
●	7,34 %	Qualifizierung
●	5,75 %	Konfliktberatung Inland
●	2,18 %	Drittmittel, sonstige Projekte
●	1,57 %	Kampagnen, Bildungs-/Aufklärungsarbeit
●	4,02 %	Fundraising, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit
●	7,47 %	Allgemeine Verwaltung

* In der Summe enthalten sind Spenden in Höhe von rund 73.000 Euro, die im Jahr 2020 nach der Explosion in Beirut für Sonderprojekte gesammelt, jedoch erst 2021 vollständig verausgabt worden waren. In der Spendenkommunikation werden sie dem Jahr 2020 zugerechnet.

„Ich möchte einen Stoff oder eine Maschine schaffen können von so fürchterlicher, massenhaft verheerender Wirkung, daß dadurch Kriege überhaupt unmöglich würden.“

Bertha von Suttner (1843 – 1914), österreichische Schriftstellerin und Friedensnobelpreisträgerin



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufajorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00
BIC GENODEM1GLS